

**Landesverband VDP Berlin/Brandenburg
c/o Deutsches Theater
Schumannstraße 13a
10117 Berlin**

1. Für welche der nachfolgend genannten Themen werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag besonders einsetzen mit dem Ziel, dass diese auch im Programm Ihrer Partei bzw. ggf. im Koalitionsvertrag aufgenommen werden?

- Sicherung der Vielfalt in der beruflichen Bildung, auch der schulischen Ausbildungsangebote
- Aufgabengerechte Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik
- Entwicklung einer nationalen, ressort- und länderübergreifenden Bildungsstrategie
- Keines der Themen

2. Werden Sie sich für die Reform des Kooperationsverbotes einsetzen, sodass der Bund zukünftig einfacher zum Beispiel den Ganztagschulausbau oder die Umsetzung der Inklusion finanziell fördern kann?

- ja

3. Was ist Ihrer Ansicht nach notwendig, um dem wachsenden Lehrermangel entgegenzuwirken?

- Den Einsatz von qualifizierten Quereinsteigern in den Lehrerberuf befördern
- Spezielles Anwerbeprogramm für Lehrkräfte aus dem Ausland entwickeln
- Ausbildungszeit von Lehramtsstudierenden verkürzen
- Einführung eines bundeseinheitlichen Curriculums für die Lehrerausbildung
- Sonstige:
- Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen BUND und Ländern und Erhöhung der Bildungsinvestitionsquote
- praktischen Bezug im Lehramtsstudium fördern/einführen, da Referendariate in der heutigen Form zu überfordernd sind, da sie die eigentliche Lehrerausbildung durchführen müssen. Viele merken dann erst, dass der Lehrerberuf nichts für sie ist, was dann zu spät ist.

4. Lehrkräfte staatlicher Schulen sowie die Schüler von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft sind bei den Landesunfallkassen versichert. Nur die Lehrkräfte von Schulen in freier

Trägerschaft müssen über die deutlich kostenintensivere Verwaltungsberufsgenossenschaft versichert werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zukünftig im Sozialgesetzbuch VII festgeschrieben wird, dass auch die Lehrkräfte der freien Schulen über die Landesunfallkassen mitversichert werden können?

- nein

5. Was ist Ihrer Meinung nach notwendig, um den Altenpflegeberuf, insbesondere vor dem Hintergrund des demographisch bedingten massiven Bedarfs an Fachkräften, attraktiver zu gestalten?

- Ausbildungsstruktur hin zu einer generalistischen Pflegeausbildung reformieren
- Ausbildungsdauer generell verkürzen
- Ausbildung akademisieren
- Sonstige:
- allg. die Arbeitsbedingungen verbessern; fairere Bezahlung für diese wichtige Arbeit; Anerkennung in der Gesellschaft fördern
- Bessere Ausbildungsbedingungen und gerechte Ausbildungslöhne. In Berlin müssen Auszubildende teilweise für ihre Ausbildung Geld zahlen, anstatt dass sie Geld für ihre Arbeit bekommen.
- Entbürokratisierung der Pflege; inzwischen nimmt die Dokumentation einen immer größeren Teil der Zeit der Pfleger in Anspruch

6. Ein Drittel der beruflichen Ausbildungen finden schulisch statt. Eine Reihe schulischer Ausbildungen wie z.B. zum/r Erzieher/in haben keine Entsprechung im dualen System und sind eine wichtige Säule zur Deckung des Fachkräftebedarfs.

Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass von Programmen zur Stärkung der beruflichen Bildung, neben der dualen, ebenso die schulische Berufsausbildung profitiert?

- ja

7. Von 2010 bis 2012 wurde das Globalbudget der Bundesagentur für Arbeit für Eingliederungsmaßnahmen um rund 40 Prozent reduziert.

Halten Sie, unter der Voraussetzung etwa gleichbleibender Arbeitslosenzahlen, eine weitere Reduzierung des Eingliederungsbudgets für eine mögliche Option?

Die Frage lässt sich so nicht beantworten.

8. Welches Arbeitsmarktinstrument ist Ihrer Ansicht nach am besten geeignet, um Langzeitarbeitslose dauerhaft wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

- Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung (FbW), z.B. Umschulung
- Sonstige:
- Einsatz von fachlich geschultem Personal in den Vermittlungsplätzen damit wieder eine berufsfördernde Beratung statt findet und nicht nur eine Kontrolle ob der Arbeitslose sich bemüht einen Arbeitsplatz zu finden.
- (Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit - regionale Jobcenter verbessern)
- kurzfristige Maßnahmen ausschließlich dann, wenn die ausbildenden Institute endlich auf Qualität geprüft werden und nicht mehr statistikverbessernde steuergeldschluckende Verwahrnstanalten für Arbeitslose sind.
- massive Verbesserung/Förderung von Teilzeitarbeit und Familienfreundlichkeit der Arbeit
- und Förderung der echten Telearbeit

9. Bei der Finanzierung des letzten Drittels von Umschulungen, die aufgrund des Berufsbildungsgesetzes nicht verkürzbar sind, ist (mit Ausnahme der zeitlich begrenzten Regelung für die Altenpflegeumschulung) in dieser Legislaturperiode keine Verbesserung eingetreten. Die Finanzierung des letzten Drittels ist weiterhin nicht geregelt, nur für zwei Drittel der Ausbildungszeit übernimmt die BA die Kosten.

Daher finden viele Umschulungen, trotz bestehenden Bedarfes beispielsweise im Gesundheits- und Sozialbereich, nicht statt. Dabei können gerade nicht verkürzbare Umschulungen dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu reduzieren.

Werden Sie sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Regelungen zur dauerhaften vollumfänglichen Finanzierung von nicht verkürzbaren Umschulung geschaffen werden?

- ja